

Für den Weltfrieden

1 Die Bundesjugendkonferenz beschließt

ver.di soll sich in Zukunft stärker an antimilitaristischer Arbeit in der BRD beteiligen. Hierzu sollen Bündnisse mit antimilitaristischen Gruppen gesucht und eingegangen werden. Aufrufe und Publikationen gegen Militarisierung sollen unterstützt werden. Inhaltlich soll ver.di sich dabei gegen das öffentliche Auftreten der Bundeswehr an Schulen, Messen oder anderen Orten des öffentlichen Lebens wenden, sowie gegen den Waffenexport deutscher Unternehmen und die direkte und indirekte Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Konflikten und Kriegen arbeiten.

10 Begründung

Wir können aktuell feststellen, dass sich die Bundeswehr immer mehr von einer Verteidigungsarmee zu einer Angriffsarmee entwickelt. Die Rede von Bundespräsident Joachim Gauck bei der Nato-Sicherheitskonferenz 2014 in München verdeutlicht dies: „[...] Manchmal kann auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein. Aber wenn schließlich der äußerste Fall diskutiert wird – der Einsatz der Bundeswehr –, dann gilt: Deutschland darf weder aus Prinzip „nein“ noch reflexhaft „ja“ sagen“. Auch Statements der aktuellen Verteidigungsministerin Ursula Von der Leyen bestätigen diese neuen offensiveren militaristischen Tendenzen. Sie hob Deutschlands Bedeutung für die Stärkung Europas in der Welt hervor: „Europa kommt im Spiel der globalen Kräfte nicht voran, wenn die einen sich immer dezent zurückhalten, wenn es um militärische Einsätze geht, und die anderen unabgestimmt nach vorne stürmen.“ Deutschlands soll im internationalen Kontext also eine neue Rolle einnehmen und die Bundeswehr weltweit eingesetzt werden.

Neben dem direkten Einsatz der Bundeswehr, profitiert die deutsche Waffenindustrie an Kriegen - Deutschland gehört immer noch, neben der USA und Russland, zu den größten Waffenexporteuren der Welt.

Neben dem was im „Ausland“ passiert, also der äußeren Militarisierung, in Form der direkten und indirekten Kriegsbeteiligung, findet parallel auch ein Prozess der sogenannten „inneren Militarisierung“ statt. Das heißt: Vorort, in der BRD selbst. Immer häufiger tritt die Bundeswehr an Schulen und Messen auf. Mit einem zivilen Auftreten und der Darbietung einer lukrativen Zukunftssicherung wird versucht junge RekrutInnen für das deutsche Militär zu gewinnen. Immer häufiger treffen wir auf Bundeswehrbusse die vor Schulen stehen oder sind mit Bundeswehrwerbung in „poppigen“ Radiosendern wie „bigFM“ konfrontiert.

Das Image der Bundeswehr soll so aufpoliert und aufgewertet werden. So gerät die Bundeswehr immer mehr in ein Licht, das sie als völlig „normalen“ Arbeitgeber, mit guten Qualifikationen und hohen Aufstiegsmöglichkeiten darstellt. Es ist eine Dreistigkeit, die aktuelle Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt auf diese Art und Weise für sich zu nutzen und mit „netten“ Angeboten junge Menschen in den Tod oder für Mord zu rekrutieren. Auch kehren immer mehr junge SoldatInnen traumatisiert aus Auslandseinsätzen zurück.

Hinzu kommt, dass im Namen der „Forschung“ verschiedene deutsche Universitäten an der (Weiter)entwicklung von Drohnen und anderen Kriegsgeräten aktiv mitwirken.

Die Bundeswehr ist eine arbeitnehmerfeindliche Institution, die lediglich im Interesse von deutschen Konzernen und Unternehmen, für mehr Macht und Einfluss, in instabilen Regionen der Welt, handelt. Immer häufiger schult die Bundeswehr PolizistInnen und SoldatInnen anderer Länder. Die neue Kriegstechnologie aus Deutschland soll nicht nur verkauft werden, sondern es muss auch gezeigt werden, wie sie am geschicktesten eingesetzt werden kann. So können Kriegsgeräte aus Deutschland für effektive Aufstandsbekämpfungen – gegen Streiks oder soziale Proteste wie beispielsweise in der Türkei oder in Brasilien – genutzt werden.

Bundesjugendkonferenz

50 Ein weiteres Beispiel der Rolle Deutschlands im Kontext internationaler Kriegspolitik, ist das
Gefechtsübungszentrum (GÜZ), in der Altmark bei Magdeburg. Hier wird Deutschland zum Gastgeber für
„möglichst realitätsnahe“ Übungsmanöver. Es wird dort nicht nur deutschen Soldaten, sondern allen Nato-
Truppen vor ihrem Auslandseinsatz, die Gelegenheit gegeben, noch einmal „richtig“ zu üben. Kosovarische
oder afghanische Dörfer wurden realitätsnah nachgebaut um Übungen durchzuführen. Die aktuell im Bau
55 befindliche Großstadtmetropole „Schnöggersburg“ auf dem Gelände beinhaltet Stadion, U-Bahn, Ghettos,
Parks, Schulen usw. - also alles was eine moderne Großstadt heute zu bieten hat – denn mittlerweile geht
man davon aus, dass in der Zukunft 60% aller Aufstände in Großstadtmetropolen stattfinden werden.

Für eine ArbeitnehmerInnenbewegung, mit politischen und sozialen Forderungen im internationalen Kontext,
60 bedeutet dies mehr Repression und geringere Chancen der Er kämpfung von Rechten. Für uns als
GewerkschafterInnen ist es daher wichtig klar und deutlich antimilitaristische Positionen zu beziehen und mit
politischer Praxis der inneren und äußeren Militarisierung entgegenzuwirken.

65 Empfehlung der Antragskommission

Annahme und Weiterleitung an den Bundeskongress

Dadurch erledigt folgender Antrag D 051

70 Entscheidung der Bundesjugendkonferenz

wie Empfehlung

abweichend von Empfehlung

D 046 Landesbezirksjugendkonferenz Bayern

(Lfd.-Nr. 1135)

Stand: 30.03.2015

Schluss mit Rüstungsproduktion - Konversion jetzt!

1 **Die Bundesjugendkonferenz beschließt**

ver.di macht sich für eine Verstaatlichung aller Rüstungsunternehmen, ohne Entschädigung, bei Erhalt aller Arbeitsplätze und Umstellung auf zivile Produktion stark.

5

Begründung

Rüstung steht in mehrfacher Hinsicht gegen unsere Interessen als abhängig Beschäftigte insgesamt und uns als Jugend im speziellen. Einerseits werden dafür immer noch Milliarden verpulvert während unsere KollegInnen im öffentlichen Dienst jeden Tag erleben, dass an allen Ecken und Enden kaputtgespart wird. Andererseits sind es eben unsere KollegInnen in aller Welt die dann durch diese Waffen umkommen. Die Gewerkschaften müssen klar und deutlich die Profiteure von Elend und Krieg benennen und für ihre Entwaffnung streiten.

15

Empfehlung der Antragskommission

Annahme und Weiterleitung an den Bundeskongress

20 Dadurch erledigt folgende Anträge: D 047, D 049

Entscheidung der Bundesjugendkonferenz

wie Empfehlung

abweichend von Empfehlung

D 047 Landesbezirksjugendkonferenz Baden-Württemberg

(Lfd.-Nr. 1040)

Stand: 30.03.2015

Schwerter zu Pflugscharen

1 **Die Bundesjugendkonferenz beschließt**

Die Gewerkschaft ver.di fordert, dass alle Rüstungsunternehmen zu verstaatlichen sind. Zum Erhalt der Arbeitsplätze ist auf zivile Produktion umzustellen.

5

Begründung

10 Rüstungsunternehmen verdienen am Tod anderer Menschen. Die Arbeiterbewegung im Allgemeinen und die Gewerkschaften im Besonderen haben sich dem Ziel des Aufbaus einer friedlichen Weltgemeinschaft verschrieben, deshalb müssen Profiteure von Krieg und Elend benannt und entwaffnet werden.

Empfehlung der Antragskommission

15 Erledigt durch Antrag D046

Entscheidung der Bundesjugendkonferenz

wie Empfehlung

abweichend von Empfehlung

D 048 Landesbezirksjugendkonferenz Baden-Württemberg

(Lfd.-Nr. 1041)

Stand: 30.03.2015

Anti-Krieg und Antimilitarismus

1 **Die Bundesjugendkonferenz beschließt**

dass die ver.di ein grundlegendes Positionspapier zum Thema Anti-Krieg und Antimilitarismus erstellt und
5 darin eine klare Ablehnung von kriegerischen Gewalttaten und Rüstungsproduktion und –forschung
formuliert werden.

Begründung

Die Geschichte zeigt uns, dass in Zeiten von Krieg und militärischer Aufrüstung gewerkschaftsfeindliche
10 Kräfte erstarken. Krieg bedeutet Menschenrechtsverletzungen, Zwangsumsiedlungen und Völkermorde.
Dies darf nicht unterstützt oder begünstigt werden.
Rüstungsproduktion und Export von Waffengütern ermöglichen den Krieg und Destabilisieren ganze
Regionen. Ebenfalls zu kritisieren ist die militärische Forschung, da sie bereits den ersten Grundstein für
15 spätere Kriege legt. Forschungen in öffentlichen Einrichtungen sind ausschließlich auf friedliche und zivile
Zwecke zu beschränken.

Empfehlung der Antragskommission

20 Annahme als Arbeitsmaterial zu Antrag D 046

Entscheidung der Bundesjugendkonferenz

wie Empfehlung

abweichend von Empfehlung

D 049 Landesbezirksjugendkonferenz Hamburg

(Lfd.-Nr. 1073)

Stand: 30.03.2015

Schluss mit Rüstungsproduktion - Konversion jetzt!

1 **Die Bundesjugendkonferenz beschließt**

Alle Rüstungsunternehmen sind zu verstaatlichen und bei Erhalt aller Arbeitsplätze auf zivile Produktion umzustellen.

5

Begründung

Rüstung steht in mehrfacher Hinsicht gegen unsere Interessen als abhängig Beschäftigte insgesamt und uns als Jugend im speziellen. Einerseits werden dafür immer noch Milliarden verpulvert, während unsere
10 Kolleg_innen im öffentlichen Dienst jeden Tag erleben, dass an allen Ecken und Enden kaputtgespart wird. Andererseits sind es eben unsere Kolleg_innen in aller Welt, die dann durch diese Waffen umkommen. Die Gewerkschaften müssen klar und deutlich die Profiteure von Elend und Krieg benennen und für ihre Entwaffnung streiten. Gerade aktuell zeigt sich bei der Schließung des Marine Arsenal in Kiel, dass ver.di
15 bisher keine Strategie entwickelt hat, sich gegen Rüstungsproduktion einzusetzen und gleichzeitig Arbeitsplätze zu sichern. Umso mehr ist es nötig, dass ver.di sich mit der Konversion auseinander setzt.

Empfehlung der Antragskommission

20

Erledigt durch Antrag D 046

Entscheidung der Bundesjugendkonferenz

25

wie Empfehlung

abweichend von Empfehlung

D 050 Landesbezirksjugendkonferenz Nord

(Lfd.-Nr. 1082)

Stand: 24.03.2015

Schluss mit Rüstungsproduktion - Konversion jetzt!

1 **Die Bundesjugendkonferenz beschließt**

Alle Rüstungsunternehmen sind zu verstaatlichen und bei Erhalt aller Arbeitsplätze auf zivile Produktion umzustellen.

5

Begründung

Rüstung steht in mehrfacher Hinsicht gegen unsere Interessen als abhängig Beschäftigte insgesamt und uns als Jugend im speziellen. Einerseits werden dafür immer noch Milliarden verpulvert, während unsere
10 Kolleg_innen im öffentlichen Dienst jeden Tag erleben, dass an allen Ecken und Enden kaputtgespart wird. Andererseits sind es eben unsere Kolleg_innen in aller Welt, die dann durch diese Waffen umkommen. Die Gewerkschaften müssen klar und deutlich die Profiteure von Elend und Krieg benennen und für ihre Entwaffnung streiten. Gerade aktuell zeigt sich bei der Schließung des Marine-Arsenals in Kiel, dass ver.di
15 bisher keine Strategie entwickelt hat, sich gegen Rüstungsproduktion einzusetzen und gleichzeitig Arbeitsplätze zu sichern. Umso mehr ist es nötig, dass ver.di sich mit der Konversion auseinander setzt.

Empfehlung der Antragskommission

20

Noch keine Empfehlung

Entscheidung der Bundesjugendkonferenz

25

wie Empfehlung

abweichend von Empfehlung

D 051 Landesbezirksjugendkonferenz Rheinland-Pfalz/Saar

(Lfd.-Nr. 1100)

Stand: 30.03.2015

Rüstungsexporte verbieten

1 **Die Bundesjugendkonferenz beschließt**

ver.di soll sich öffentlich klar gegen Rüstungsexporte positionieren und bei der Bundesregierung darauf hinwirken, dass Rüstungsexporte verboten werden.

- 5 Menschenrechte dürfen, unter dem Vorwand wirtschaftlicher Interessen, nicht verletzt und missachtet werden. Friedensverhandlungen müssen gefördert werden und es darf nicht durch Rüstungsexporte zur Gewalteskalationen beigetragen werden.

Begründung

10

Deutschland gehört weltweit zu den größten Herstellern von Kleinwaffen. Allein im Jahre 2010 war Deutschland mit 11% Weltmarktanteil die drittgrößte Exportnation.

- 15 Laut UNICEF töten Kleinwaffen täglich 1300 Menschen, das Internationale Rote Kreuz geht davon aus, dass 95% aller Kriegsoffer durch Kleinwaffen sterben. Zudem werden etliche Kriegsfahrzeuge von Deutschland exportiert. Als drittgrößter Exporteur von Waffen fördert Deutschland Aufrüstung und Unterdrückung und macht Konflikte und Kriege somit erst möglich, indirekt trägt die Nation somit zum Tod etlicher Menschenleben bei.

20 Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Antrag D 045

Entscheidung der Bundesjugendkonferenz

25

wie Empfehlung

abweichend von Empfehlung

Stoppt den Krieg in der Ukraine! Für eine starke Friedensbewegung!

1 Die Bundesjugendkonferenz beschließt

ver.di macht sich stark gegen die laufenden Kampfhandlungen in der Ukraine und fordert die Bundesregierung auf, jegliche Unterstützung der ukrainischen Regierung einzustellen, solange sie faschistische Truppen unterstützt. Deutschland darf keine Faschisten akzeptieren die in der Ukraine jagt auf GewerkschafterInnen, AntifaschistInnen und KommunistInnen machen und sie (wie in Odessa) ermorden. ver.di distanziert sich gleichzeitig von den sogenannten „Montagsdemos“, auf denen vor allem antisemitische Vorurteile geschürt und die Friedensbewegung „von rechts“ besetzt werden soll.

10

Begründung

Die Situation in der Ukraine, die mittlerweile zum offenen Bürgerkrieg der Putschistenregierung in Kiew gegen die Autonomiebewegungen im Osten und Süden des Landes eskaliert ist, sowie das propagandistische Säbelrasseln deutscher Politiker und Medien gegen Russland, erfordern eine deutliche Antwort einer starken Friedensbewegung. Bisher allerdings konnten die Aktionen der Friedensbewegung und die Beteiligung daran noch keine der Dramatik der Situation angemessene Stärke erreichen. Anknüpfend an unsere Erklärung zu dem Brandanschlag der Faschisten auf das Gewerkschaftshaus in Odessa und der „Resolution zu den aktuellen Ereignissen in der Ukraine“, die auf dem DGB-Bundeskongress verabschiedet wurde, sollten wir versuchen die ausbleibende Friedensbewegung zu aktivieren; denn in diese politische Lücke sind die sogenannten Montagsdemos für Frieden hineingestoßen.

Mit Verschwörungstheorien, einem Gemisch aus „Zinskritik“, antisemitischer Rhetorik und Antiamerikanismus haben die Montagsdemos, die enge Verbindungen zum rechten Lager haben, die berechnete Sorge vieler Menschen um den Frieden und die Wut über die dreisten Propagandalügen der Medien aufgegriffen und in ein Fahrwasser gelenkt, in dem die tatsächlichen Hintergründe der imperialistischen Aggression gegen Russland verschwinden. Immer wieder ist auf solchen Mahnwachen von Deutschland als einem besetzten Land die Rede, an allen Kriegen der letzten hundert Jahre soll angeblich die US-amerikanische Zentralbank Schuld sein und der deutsche Imperialismus als eigenständiger Akteur wird einfach weggeleugnet. Eine solche „Friedensbewegung“ nutzt – neben den Faschisten, die in diesem angeblich unpolitischen Umfeld ein neues Forum gefunden haben – letztlich der Fraktion des deutschen Kapitals, die am Russlandgeschäft und einer stärkeren Frontstellung gegen die USA interessiert ist. Noch dazu haben die Montagsdemos die fortschrittlichen Friedenskräfte gebunden, die sich jetzt in ihrem öffentlichen Auftreten immer zuerst von den kruden Mahnwachen distanzieren müssen.

35

Wir brauchen eine Friedensbewegung, die den Sorgen und dem Protest der Menschen eine korrekte Orientierung gibt, die nicht nur den US-, sondern vor allem auch den deutschen Imperialismus angreift und keinen Raum lässt für Vorstellungen von einer klassenübergreifenden deutschen Volksgemeinschaft, die gemeinsam gegen (jüdisch-)amerikanisches Kapital kämpfen muss. Eine solche Orientierung geben die Montagsdemos nicht – auch dort nicht, wo sie sich von Neofaschisten distanzieren.

40

Dass die Initiatoren der selbsternannten „Friedensbewegung 2014“ und der Montags-Mahnwachen selbst keinen Wert auf das von ihnen beschworene breite Bündnis legen, erkennen wir auch daran, dass keinerlei Schritte auf die klassische Friedensbewegung zugegangen wurden. Wir halten es für richtig, diejenigen Teilnehmer der Montagsdemos, die es ernst meinen mit ihrem Protest gegen den Krieg, von unseren Standpunkten zu überzeugen und für eine wirkliche Friedensbewegung zu gewinnen.

45

Bundesjugendkonferenz

50

Empfehlung der Antragskommission

Annahme und Weiterleitung an den Bundeskongress

55

Entscheidung der Bundesjugendkonferenz

wie Empfehlung

abweichend von Empfehlung

Wir widersprechen!

1 Die Bundesjugendkonferenz beschließt

Wir positionieren uns klar und deutlich gegen den Schulterchluss zwischen der Bundeswehr und dem DGB. Wir stellen uns mit praktischen Aktionen dem Militarismus entgegen. Außerdem führen wir Diskussionen in der Gewerkschaft.

Begründung

WIR WIDERSPRECHEN!

Am 5. Februar 2013 folgte der offiziell Bundesverteidigungsminister genannte Thomas de Maiziere (CDU) der Einladung des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer in das DGB-Haus, um dort gemeinsam vor die Medien zu treten. „Die Bundeswehr ist ein Teil der Friedensbewegung“, erklärte de Maiziere, und Michael Sommer widersprach nicht.

WIR WIDERSPRECHEN!

Die Bundeswehr, aufgebaut von der Nazigeneralität, entgegen dem Potsdamer Abkommen von 1945 und gegen den Widerstand der Arbeiter- und Friedensbewegung, war und ist kein Teil der Friedensbewegung - im Gegenteil. Sie war und ist ein Instrument der deutschen Banken und Konzerne, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Sie war und ist ein Instrument, um deren Interessen weltweit abzusichern – wie es inzwischen jeder – auch Michael Sommer – in den „verteidigungspolitischen Richtlinien“ nachlesen kann. „Das Verhältnis zwischen bewaffneter Macht und Arbeiterbewegung ist historisch belastet, das ist es heute nicht mehr“, erklärte Michael Sommer.

WIR WIDERSPRECHEN!

Die Arbeiter- und Friedensbewegung hat zu Recht gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg gekämpft. Tausende Kolleginnen und Kollegen sind deswegen mit Verfolgung und Gefängnisstrafen belegt worden. Und heute zeigt jeder Tag erneut, wie belastet das Verhältnis zwischen bewaffneter Macht und Arbeiterbewegung ist. Um nur ein paar Schlaglichter zu nennen:

- Weltweite Kriegseinsätze: Seit 1991 wird in immer offenerer Form die Aufgabe der „Bundeswehr“ als weltweit einzusetzendes Instrument zur Sicherung der deutschen Kapitalinteressen festgeschrieben. Die deutsche Armee ist längst keine „Bundeswehr“ mehr, sondern entgegen ihrem grundgesetzlich niedergeschriebenen Auftrag eine weltweite Einsatzarmee, die in 12 Ländern mit fast 9000 Soldaten Krieg gegen andere Völker führt. Thomas de Maiziere erklärt, prinzipiell gebe es keine Region mehr, in der Deutschland nichts zu suchen habe (MDR Info 1.7.2012). Es sind unsere Söhne und Töchter, die hier für die Interessen des deutschen Kapitals verheizt werden!
- Einsatz in Klassenzimmern: Trotz aller Proteste werden vermehrt Bundeswehrangehörige eingesetzt, um bereits unsere Kinder für das Töten und Sterben zu werben, 2012 wurden an deutschen Schulen 334.000 Schüler dem Einfluss von Bundeswehrjugendoffizieren und Wehrdienstberatern ausgesetzt, mit 30.000 Vorträgen und Seminaren wurden Lehrer und andere Multiplikatoren herangezogen, Tendenz steigend – hinzu kommen öffentliche Rekrutengelöbnisse, Beförderungsauftritte auf Messen, Volksfesten etc.!
- Der Einsatz der Bundeswehr gegen das eigene Volk wird mit dem flächendeckenden Netz der Heimatschutzkommandos seit 2006 systematisch aufgebaut, durch de Maizieres Konzeption der Reserve mit Masse gefüllt; seit dem Bundesverfassungsurteil vom Juli 2012 wird sogar dem bewaffneten Einsatz gegen das eigene Volk Tür und Tor geöffnet – der klarste Beweis, dass von einem „unbelasteten Verhältnis“ keine Rede sein kann!

Zu all dem schweigt Michael Sommer nicht nur, sondern behauptet entgegen allen Beschlusslagen des DGB, dass der DGB keine Position gegen die zunehmenden Auslandseinsätze der Bundeswehr, gegen den

Bundesjugendkonferenz

50 Afghanistan-Krieg hätte. Mehr noch, im klaren Widerspruch zur Satzung des DGB erklärt Sommer, man müsse alles dafür tun, „die Soldaten anständig auszurüsten“, was einem Freibrief zur Aufrüstung gleichkommt

WIR DAGEGEN ERKLÄREN:

Wir müssen alles dafür tun, um gegen diesen Schulterchluss des DGB mit der deutschen Kriegspolitik die alte und wieder hochaktuelle Erkenntnis zu setzen:

55 Bei der Masse der arbeitenden Männer und Frauen liegt die Entscheidung über Sein oder Nichtsein des heutigen Militarismus. (Rosa Luxemburg (1871–1919))

Wir werden deswegen nicht nachlassen, gerade in den Gewerkschaften um diese Erkenntnis zu kämpfen. Und Dich, Michael, erinnern wir an das Schicksal Deines Amtskollegen Christian Fette, der auf dem 2. DGB-Bundeskongress 1952 abgewählt wurde, weil er sich entgegen den Beschlüssen des DGB für die Remilitarisierung verwenden ließ!

Empfehlung der Antragskommission

65 Erledigt durch Praxis/Zeitablauf

Entscheidung der Bundesjugendkonferenz

70 wie Empfehlung

abweichend von Empfehlung